

„Minimallösungen helfen nicht weiter“

Interview S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein mit Valeska Beck, Wirtschaft regional

23. August 2008

Durchlaucht, in Ihrer Rede zum Staatsfeiertag sagten Sie: «Es ist die Zeit gekommen, unser System der Rechts- und Amtshilfe im Bereich der Steuern auf eine neue Grundlage zu stellen». Sprechen Sie damit konkrete Abkommen zwischen Liechtenstein und anderen Ländern an?

Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein: Nein, damit sind keine einzelnen Abkommen gemeint. Wenn ich von einer neuen Grundlage für unser System der Rechts- und Amtshilfe im Bereich der Steuern spreche, so meine ich, dass wir nachhaltige Lösungen brauchen. Minimallösungen, die in kurzer Zeit wieder geändert werden müssen, helfen uns nicht weiter. Wir brauchen wieder klare Rahmenbedingungen für den Finanzplatz, damit die Finanzinstitute und deren Kunden auf lange Zeiträume hin planen können.

Gibt es schon konkrete Pläne, um die von Ihnen angesprochene «neue Grundlage» zu erreichen? Wenn ja, was beinhalten diese Pläne? Sind neue Abkommen, z. B. mit der EU, geplant?

Es gibt Überlegungen, wie diese neue Grundlage erreicht werden kann. Es ist aber noch zu früh, um über Einzelheiten zu sprechen.

Inwiefern sind die betroffenen Verbände – allen voran der Bankenverband und die Treuhändervereinigung – in diese Pläne eingebunden?

Die Zukunft des Finanzplatzes und im speziellen die Frage der Kooperation im Bereich der Steuern wurde in letzter Zeit mit den Verbänden immer wieder ausführlich besprochen.

Sie betonten in Ihrer Rede auch die «Kultur der Privatsphäre, die weit über das Bankkundengeheimnis in Steuerfragen hinausgeht»: Wie geht das mit den Forderungen nach mehr Transparenz einher – besteht da kein Widerspruch?

Nein, dies ist kein Widerspruch, ausser man reisst beide Zitate aus ihrem Zusammenhang. Mit einer «Kultur der Privatsphäre, die weit über das Bankkundengeheimnis in Steuerfragen hinausgeht», meine ich, dass das

Bankkundengeheimnis und der Schutz der Privatsphäre nicht auf das Bankkundengeheimnis in Steuerfragen reduziert werden darf. Bei uns geht der Schutz der Privatsphäre eben viel weiter und ist auch dann noch gegeben, wenn wir eine umfassende Kooperation in Steuerfragen einführen. Dieser Schutz ist bei uns ausserdem kulturell tief verankert und kann von vielen anderen Standorten, die diese Kultur der Privatsphäre nicht kennen, daher auch nicht einfach kopiert werden.